

Editorial

Liebe Leser*innen,
Liebe Genoss*innen,

in der Ratssitzung im März d. J. konnte aus Zeitgründen der zunächst nur zurückgestellte Antrag „Gewalt gegen Frauen verhindern. Istanbul-Konvention in Osnabrück umsetzen“ inhaltlich nicht mehr debattiert werden. In der April-Ratssitzung wurde infolgedessen das Thema in einer Aktuellen Stunde wiederaufgenommen. Weiter wurde gegen die Stimmen der UFG/UFO/Bus-Gruppe vom Rat beschlossen, einen „Corona-Bildungsfonds“ für Osnabrücker Kinder und Jugendliche einzurichten. Ein zuerst im Kulturausschuss von der Linksfraktion eingebrachter Eilantrag zur besseren sozialen Absicherung von Künstler*innen am Theater Osnabrück wurde nach einer ablehnenden Stellungnahme der Verwaltung und einer Vielzahl von Änderungsanträgen zur weiteren Bearbeitung in die Fachausschüsse überwiesen. Weitere wichtige Themen waren ein Prüfauftrag zur Abschaffung oder Reform der Straßenausbaubeiträge und eine Beschlussvorlage zur Petition „Rettet die Wagenburg, unser Zuhause!“ Nach dem Millionen-Verlust von angelegten städtischen Geldern bei der Greensillbank gab es seitens der Öffentlichkeit und einzelner Akteure heftige persönliche Angriffe gegen Kolleginnen der Vermögens- und Schuldenverwaltung, dem Liquiditätsmanagement. Anbei veröffentlichen wir den offenen Brief des Gesamtpersonalrats der Stadt Osnabrück „Wir sind alle Treasury! – Wir sind alle Verantwortlich! an alle Ratsmitglieder.“

Solidarische Grüße,

Giesela, Heidi, Anke und Martin

Gewalt gegen Frauen verhindern! Istanbul-Konvention in Osnabrück umsetzen



In der März-Ratssitzung wurde der [interfraktionellen](#) Antrag „Gewalt gegen Frauen verhindern. Istanbul-Konvention in Osnabrück umsetzen“ einstimmig verabschiedet. Unter Verweis auf die Geschäftsordnung des Rates (maximal 180 Minuten für die Beratung der Ratsanträge) wurde eine Aussprache zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zugelassen. Auf Initiative der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und Fraktion DIE LINKE. debattierten in der April-Ratssitzung in einer [Aktuellen Stunde](#) die Ratsfrauen und Ratsherren über von häuslicher Gewalt betroffene Frauen.

In einem Wortbeitrag äußerte sich die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„1974 bin ich in eine Partei eingetreten, war 25 Jahre alt und bin dann auch in der Frauenorganisation aktiv geworden. Ab da habe ich mein Leben und das Leben von Frauen ganz anders reflektiert. Ich habe nicht mehr gesehen, es ist etwas was mir passiert und meiner Nachbarin, sondern dies ist im System in unserer Gesellschaft verankert.“

Heute sagen Untersuchungen: jede Dritte oder Vierte Frau hat Gewalterfahrungen.

Wir kennen alle Frauen, die solche Erlebnisse hatten oder noch haben. Wir kennen die Erklärungen zu den blauen Flecken. Die „Entschuldigungen“. Ach, er meint es nicht so! Wenn es der geliebte Partner war. Was können wir tun? Wir Frauen, die wir Freundinnen, Nachbarinnen und Schwestern sind. Eine Möglichkeit ist, wenn ihr nebenan etwas hört. Stört Sie die Männer, die meist hinter den verschlossenen Türen zuschlagen. Sprecht die Partner der Frauen an. Was ist los bei Euch? Braucht ihr Hilfe? Es ist wichtig, dieses Phänomen öffentlich zu machen. In die Situation rein zu gehen und schlicht und einfach zu stören. Reagiert auf Hilferufe – sie sind ernst gemeint. Nicht, dass die betroffene Frau am nächsten Morgen, wenn Sie einkaufen geht an der Ecke ein Paar Nachbarinnen klönen hört: Was war denn Da wieder los? Da hat eine Frau um Hilfe geschrien. Unser Frauenhaus ist belegt, ja wir brauchen mehr Plätze für Frauen und Kinder. Wir brauchen mehr Berater*innen mit Sprachkompetenzen, aber wir müssen in unserer Stadt auch ein Präventionskonzept entwickeln. Wir schlagen aus unserer Fraktion vor und werden einladen, dass wir Frauen uns dazu einmal fraktionsübergreifend zusammensetzen. Es wird Zeit etwas zu tun!“

Corona Bildungsfonds“ für Osnabrücker Kinder und Jugendliche einrichten

In der Ratssitzung gab es mehrere Anträge bzw. Änderungsanträge, von der [CDU-Fraktion](#), von [Bündnis 90/Die Grünen](#), [SPD](#), [LINKE](#), [FDP](#) und der [UWG/UFO/bus-Gruppe](#) durch einen Bildungsfonds Kindern und Jugendlichen einen niedrigschwelligen Zugang zu Förderunter-

Fortsetzung von Seite 1

-richt und Sprachförderung zu ermöglichen. Laut einstimmigen Ratsbeschluss stehen dafür kurzfristig 500.000 € zur Verfügung.

Zum Hintergrund:

Häufiger Unterrichtsausfall und der ständige Wechsel von Präsenz- und Distanzlernen während der Corona-Pandemie führen oft zu Lerndefiziten. Besonders betroffen sind dabei Kinder von Alleinerziehenden oder Familien, die aufgrund beruflicher Belastungen oder aus anderen Gründen die Anforderungen des „Home-Schooling“ nicht oder nur teilweise erfüllen können.

Künstler*innen am Theater Osnabrück nicht in die Perspektivlosigkeit entlassen

Für die Ratssitzung hatte die Linksfraktion einen [Eilantrag](#) im Kulturausschuss für eine bessere soziale Absicherung von Künstler*innen am Theater Osnabrück eingebracht.

In dem Antrag forderte DIE LINKE. eine bessere finanzielle Absicherung insbesondere für die Künstler*innen, die durch den Intendantenwechsel im Theater Osnabrück nicht weiter beschäftigt bzw. gekündigt worden sind.

Den betroffenen Künstler*innen soll eine konkrete finanzielle Hilfe von Seiten der Stadt Osnabrück oder dem Theater aus einem Corona-Soli-Topf gegeben werden.

Die SPD-Fraktion brachte dazu einen [Änderungsantrag](#) ein, der eine außerordentliche finanzielle Einmalzahlung vorsah.

In einer [Stellungnahme der Verwaltung](#) wurde die Rechtsgrundlage für eine außerordentliche Einmalzahlung zugunsten der Künstler*innen als „nicht ersichtlich“ verworfen und zu den „Möglichkeiten im Rahmen einer der Kulturförderung auf kommunaler Ebene“ auf im Haushalt bereitgestellte Mittel für Projektförderung verwiesen.

In einem zweiten [Änderungsantrag](#) forderte die SPD-Fraktion ein „Sondervermögen Veranstaltungswirtschaft und Kulturerhalt“ für Osnabrück zu etablieren.

In der Ratsversammlung kritisierte die Fraktionsvorsitzende Brandes-Steggewentz, dass diejenigen Künstler*innen, die weniger als 4 Jahre am Theater Osnabrück beschäftigt

waren, es handelt sich um 15 Personen, keine Abfindung erhalten.

„Ich denke, wir wissen alle dass gerade im Kulturbereich und für Theater und für Beschäftigte, die aufgrund eines Intendantenwechsels in dieser Situation entlassen worden sind, hier eine schwierige Situation entstanden ist. Diejenigen, die weniger als Vier Jahre beschäftigt (15 Künstlerin) waren, erhalten keine Abfindung. Wenn ein Betriebsrat sagt er möchte mehr für seine Kolleginnen erreichen und der Arbeitgeber mitgeht, dann hat das nichts mit einem Eingriff in die Tarifautonomie zu tun.

Ich betone: Weil der bestehende Tarifvertrag keinen Anspruch hergibt, weil die Änderung des Tarifvertrags während Corona nichts für die Beschäftigten hergibt und es auch keinen gesetzlichen Anspruch auf Sonderzahlungen gibt, müssen wir tätig werden. Und wenn es beratend tätig wird. Oder man findet einen anderen Topf findet, wie es im neuen Änderungsantrag der SPD steht. Die Gemeinnützigkeit des Theaters besteht trotz Zusatzvereinbarungen, z.B. zum Urheberrecht. Man kann nicht von Ungleichbehandlung sprechen, wenn nicht weiterbeschäftigte Künstlerinnen eine Zulage bekommen.“

Nach einer kurzen Debatte wurde die Änderungsanträge und die Stellungnahme der Verwaltung einstimmig bei Enthaltung des OB in die Fachausschüsse, Kulturausschuss und Ausschuss für Finanzen, Infrastruktur und Beteiligungssteuerung, überwiesen.

Bürger*innen entlasten– Straßenausbauteiträge abschaffen



Für die Ratssitzung hatte die Linksfraktion einen [Änderungsantrag](#) zum [SPD Antrag](#): „Bürger*innen entlasten-Abschaffung oder Reform der Straßenausbauteiträge“ eingebracht.

Fortsetzung von Seite 2

Giesela Brandes-Steggewentz dazu:

„Ich bedanke mich bei der SPD-Fraktion für die Übernahme des Änderungsantrages. Vor der Berechnung der Anteile der Bürger*innen müssen die Fördermittel für die Straßensanierung von den Kosten abgezogen werden. Unser Ziel sollte die Entlastung der Osnabrückerinnen und Osnabrücker sein. Meine Fraktion ist für die vollständige Abschaffung der Straßenausbaubeiträge.

Laut einer [Vorlage](#) der Verwaltung vom 11.02.2020 hat es im Jahr 2018 fast sieben Millionen Euro Aufwendungen gegeben. Die Verwaltungskosten des Fachbereichs Geodaten und Verkehrsanlagen und im Bereich Finanzen und Controlling betragen über 2,5 Millionen Euro. Das sind zusammengerechnet insgesamt neun Millionen Euro. Die Beitragseinnahmen des Fachdienstes Kommunale Abgaben im Rahmen investiver Bauvorhaben betragen jedoch nur 2,1 Millionen Euro. Der Verwaltungskostenaufwand war daher höher als die Einnahmen.

Das stellt den Sinn solcher Beiträge erheblich in Zweifel.“

Zum Hintergrund:

Durch die zurzeit gültige „[Satzung der Stadt Osnabrück über die Erhebung von Beiträgen nach dem Niedersächsischen Kommunalabgabengesetz für straßenbauliche Maßnahmen \(Straßenbaubeitragsatzung\)](#)“ vom 18. Juli 2006 werden die Straßenausbaubeiträge für Herstellung, Erweiterung, Verbesserung und Erneuerung von öffentlichen Straßen, Wegen und Plätzen erhoben.

Es werden aber leider noch nicht einmal zusätzliche eingeworbene Mittel aus Sonderprogrammen des Bundes von den Kosten der Maßnahme abgezogen, bevor der Anteil der Anlieger*innen berechnet wird.

Die aktuell in Niedersachsen gültige Regelung, nach der Kommunen diese Beiträge erheben können, muss endlich geändert werden. Eine Kompensation der Straßenausbaubeiträge durch eine Erhöhung der Grundsteuer lehnt DIE LINKE ab.

Keine Vorverurteilung von städtischen Mitarbeitern der Vermögens- und Schuldenverwaltung



Nach dem Bekanntwerden des Greensill - Bankenskandal äußerte sich im Ausschuss für Finanzen, Infrastruktur und Beteiligungssteuerung (11.03.2021) die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz:

„Ich habe bereits in der Ratssitzung am Dienstag 09.03.2021 betont, dass eine Aufklärung in Ruhe erfolgen solle und erachte es als gut, wenn Antworten auf die umfangreichen Fragen vorliegen. Ich empfinde jedoch einige Fragen als nicht respektvoll gestellt. Sie klangen zum Teil vorwurfsvoll. Von diesen möchte ich mich ausdrücklich distanzieren.

Ich unterstützte die Aussage vom Finanzvorstand Herrn Fillep, dass die Fragen und Vorwürfe an ihn und nicht an seine Mitarbeiter gerichtet werden sollen. Die verantwortliche Person für das möglicherweise fehlerhafte Handeln soll nach den Untersuchungen benannt werden. Es ist zu klären, ob die [Finanzrichtlinie](#) richtig angewendet worden ist.“

Dokumentiert: Erklärung des Gesamtpersonalrats der Stadt Osnabrück (26.03.2021)

**„WIR SIND ALLE TREASURY!
WIR SIND ALLE VERANTWORT-
LICH!“**

„Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vorstände,

der politische Umgang mit den Vorgängen bei der Greensill Bank, die daraus resultierende Berichterstattung und allen voran der Umgang mit den städtischen Kolleginnen und Kollegen macht uns als Personalvertretung der Stadt Osnabrück sehr betroffen!

Fortsetzung von Seite 3

„Sehr geehrte Ratsmitglieder,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Vorstände,

der politische Umgang mit den Vorgängen bei der Greensill Bank, die daraus resultierende Berichterstattung und allen voran der Umgang mit den städtischen Kolleginnen und Kollegen macht uns als Personalvertretung der Stadt Osnabrück sehr betroffen!

Die Art und Weise mit der gegenüber den handelnden Personen Fragen gestellt und die Öffentlichkeit informiert wird lässt den Schluss nahe, dass eine gewisse Vorverurteilung bereits stattgefunden hat und an einer sachlichen neutralen Aufklärung gar kein Interesse besteht. Anders lässt es sich aus unserer Sicht nicht erklären, wenn bereits vor einer Aufarbeitung von grober Fahrlässigkeit gesprochen wird und direkt personelle Konsequenzen hinunter bis auf Sachbearbeiter*innenebene gefordert werden.

In Pressemitteilungen und Redebeiträgen wird suggeriert, dass die Verwaltung nicht ordnungsgemäß gehandelt habe und ohnehin nicht die nötige Expertise im Bereich Schuldenmanagement vorhanden sei. Ohne mit den betroffenen Mitarbeitenden gesprochen zu haben von einer fehlenden Expertise zu sprechen, diskreditiert die jahrelange erfolgreiche Arbeit der Kolleginnen und Kollegen. An dieser Stelle möchten wir daran erinnern, dass zuvorderst am Personal gespart wird und es einen einschneidenden Beschluss zur pauschalen Personalkosteneinsparung gibt. Es ist paradox, dass seit Jahren Personalkosten eingespart werden, aber zeitgleich Aufgaben in einer Tiefe wahrgenommen werden sollen wie es sonst nur Wirtschaftsprüfungskanzleien können. Wenn Aufgaben in einer entsprechenden Tiefe wahrgenommen werden sollen, dann müssen auch die Rahmenbedingungen dafür gegeben sein.

Überschrieben ist dieser Brief mit den Worten „**Wir sind alle Treasury**“ – denn alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung treffen täglich eine Vielzahl von Entscheidungen. Im Sozialamt wird täglich über zum Teil schwerste menschliche Schicksale entschieden, in der Ausländerbehörde

werden Aufenthaltstitel ausgegeben oder untersagt und im Bereich des Finanzmanagements werden eben täglich Millionenbeträge bewegt. Alles Geschäfte der laufenden Verwaltung!

Wir stellen uns nun die Frage, ob alle Mitarbeitenden der Stadtverwaltung künftig mit der Angst leben müssen, dass ein Widerspruch, eine Klage, ein finanzieller Verlust o.Ä. zu negativen persönlichen Konsequenzen führen. **Wer wird dann noch Entscheidungen treffen wollen?** Und diesen Gedanken weitergesponnen – wenn Tätigkeiten, die von einem Ratsbeschluss gedeckt sind, mit Strafe bedroht werden, **wer möchte dann noch als Mitarbeiter*in zur Stadt Osnabrück kommen?**

Wir fordern Sie daher auf, dass Sie Ihrer Verantwortung als oberster Dienstherr gegenüber den städtischen Mitarbeitenden gerecht werden und von Vorverurteilungen, persönlicher Haftbarmachung und jeglichen Anschuldigungen Abstand nehmen! Die Verantwortung liegt nicht bei einzelnen Mitarbeitenden, sondern bei uns allen!

Für den Gesamtpersonalrat

Ole Spitzer

Marco Börger

DIESE ERKLÄRUNG ERHÄLT UNSERE VOLLE ZUSTIMMUNG.

Wagenburg (WabOS) am Standort Finkenhügel erhalten

Über Zehntausend Bürger*innen der Friedenstadt Osnabrück haben die [Petition](#) „Rettet die Wagenburg Osnabrück, unser Zuhause“ gezeichnet.

In einem Wortbeitrag forderte die Fraktionsvorsitzende Giesela Brandes-Steggewentz eine Korrektur der Beschlussvorlage:

„Das Pachtverhältnis ist gekündigt worden – leider! Obwohl die Bodenuntersuchungen für den von der Verwaltung vorgeschlagenen neuen Standort nicht abgeschlossen sind. Die Wagenburg steht seit 20 Jahren an diesem Ort – am Finkenhügel. Mit niedriger Pacht, weil die Nutzung formal nicht einzuordnen war – das hat das Rechnungsprüfungsamt geprüft.“

Fortsetzung von Seite 4

Eine Wohnform, die den Boden nicht versiegelt, keine Kaltluftzone beeinträchtigt. Das zur Erinnerung: Das Bündnis für bezahlbaren Wohnraum hat in seinen Forderungen formuliert, dass keine alternativen Wohnprojekte durch den Wohnungsbau vertrieben werden dürfen. So auch die WabOS nicht. Das halten wir LINKE für sehr wichtig.

Erleben wir in unserer Stadt doch auch weitere Übergriffe – z.B. wird ein „Leuchtturmprojekt“ an der Möserstraße, ein ganzer Gebäudekomplex abgerissen und mitten in der Pandemie mussten sich die Mieter*innen neue Wohnungen suchen- natürlich bezahlbar.

Die Wagenburg war nicht einverstanden, als das losging, Herr Brickwedde. Die Wagenburg ist in der Nachbarschaft respektiert. Trotzdem ist sie einigen Fraktionen offensichtlich ein Dorn im Auge. Es darf nicht sein, dass bei einer Beschaffung von bezahlbarem Wohnraum Menschen aus einem alternativen Wohnprojekt vertrieben werden.

Da müssen nicht nur die Wagen auf einen anderen Platz gestellt werden, da gibt es einen Garten, mit Gemüse und Blumen und Bäumen, eine Sickerkuhle und Vieles mehr für ein Leben ohne Anschlüsse an Gas, Strom und Abwasserleistungen. Das ist gut und sollte respektiert werden.

Wir könnten auch mehr bezahlbaren Wohnraum planen, wenn der Anteil von sozialgebundener Miete 50% betragen würde, aber dann könnte weniger Profit mit Wohnungsvermietung und -verkauf gemacht werden. Die Katastrophe in unserer Stadt ist diese Beschlussvorlage, die ein Zuhause vernichtet und Menschen vertreibt! DIE LINKE. stimmt der Beschlussvorlage nicht zu. Seit mutig, liebe Ratskolleg*innen und macht mit.“

Bei der [Abstimmung](#) über die Vorlage haben, außer dem Piraten, der Linken und der FDP alle anderen Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt dem Vorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Die Forderung tausender Bürger*innen zum Erhalt alternativer Wohnformen am Standort Finkenhügel wurde somit von der Ratsmehrheit abgelehnt.

Termine

01.06.2021 Ratssitzung,

OsnabrückHalle, 17:00 Uhr

Wann und wo die nächsten Rats- und Ausschusssitzungen stattfinden, lässt sich über das [Ratsinformationssystem](#) herausfinden.

Kontakte

Für uns im Rat

Giesela Brandes-Steggewentz

(Fraktionsvorsitzende)

0152 56 750 888

Heidi Reichinnek

0170 40 60 502

Fraktionsgeschäftsstelle

Anke Kuhn und Martin Teicher

Zimmer 19, Bierstraße 29/31

eMail: linksfraktion@osnabrueck.de

Online:

Webseite: linksfraktion-os.de

Facebook: Fraktion DIE LINKE. Stadt Osnabrück

Twitter: @linksfraktionos

Instagram: linksfraktionos